

An die Schüler*innen
und deren Eltern bzw. Erziehungsberechtigten

August 2023

Frankfurter
Schule
für Bekleidung
und Mode

**Mitteilungspflicht der Schüler*innen, deren Eltern bzw. Erziehungsberechtigte über Infektionskrankheiten
- Belehrung gemäß §34(5) S.2 Infektionsschutzgesetz (IfSG)-**

Liebe Schüler*innen,
liebe Eltern und Erziehungsberechtigte,

das Infektionsschutzgesetz verpflichtet die Frankfurter Schule für Bekleidung und Mode, Sie anlässlich Ihrer Aufnahme über die folgenden Punkte aufzuklären:

1. Wenn Sie eine ansteckende Krankheit haben, dürfen Sie die Schule erst wieder besuchen, wenn nach ärztlichem Urteil keine Ansteckungsgefahr mehr besteht. Dieses Attest muss der/dem Klassenlehrer*in vorgelegt werden.
2. In einer solchen Situation sind Sie verpflichtet, die/den Klassenlehrer*in unverzüglich zu benachrichtigen unter Angabe der Diagnose.
3. Wenn Sie nach ärztlicher Feststellung bestimmte Krankheitserreger im Körper tragen oder ausscheiden, ohne selbst krank zu sein, müssen Sie der/dem Klassenlehrer*in das laut bitte ebenfalls mitteilen. Es ist dann vom Gesundheitsamt zu entscheiden, ob Sie die Schule - möglicherweise unter bestimmten Auflagen - besuchen dürfen.
4. Auch wenn jemand bei Ihnen zu Hause an einer ansteckenden Krankheit leidet, müssen Sie die/den Klassenlehrer*in umgehend informieren und dürfen die Schule nicht besuchen, bis nach ärztlichem Urteil keine Ansteckungsgefahr mehr besteht.

Eine Missachtung dieser Vorschriften kann mit der Verhängung eines Bußgeldes von bis zu 25.000 € geahndet werden.

Wenn Sie dazu weitere Fragen haben oder sich in Zweifelsfällen nicht sicher sind, sprechen Sie bitte Ihr Gesundheitsamt oder Ihre Ärztin/Ihren Arzt an.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Reich
Schulleiterin



Berufsschule
Berufsfachschule
Fachoberschule
und Fachschule
der Stadt
Frankfurt am Main
Hamburger Allee 23
60486 Frankfurt

info@modeschule.de
Fon 069 212-35268
und 212-35269
Fax 069 212-40520
www.modeschule.de

Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG)

§ 6 Meldepflichtige Krankheiten

(1) Namentlich ist zu melden:

1. a der Verdacht einer Erkrankung, die Erkrankung sowie der Tod in Bezug auf die folgenden Krankheiten:

- Botulismus,
- Cholera,
- Diphtherie,
- humane spongiforme Enzephalopathie, außer familiär-hereditärer Formen,
- akute Virushepatitis,
- enteropathisches hämolytisch-urämisches Syndrom (HUS),
- virusbedingtes hämorrhagisches Fieber,
- Keuchhusten,
- Masern,
- Meningokokken-Meningitis oder -Sepsis,
- Milzbrand,
- Mumps,
- Pest,
- Poliomyelitis,
- Röteln einschließlich Rötelnembryopathie,
- Tollwut,
- Typhus abdominalis oder Paratyphus,
- Windpocken,
- zoonotische Influenza,
- Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19),

1. b die Erkrankung und der Tod in Bezug auf folgende Krankheiten:

- behandlungsbedürftige Tuberkulose, auch wenn ein bakteriologischer Nachweis nicht vorliegt,
- Clostridioides-difficile-Infektion mit klinisch schwerem Verlauf;

ein klinisch schwerer Verlauf liegt vor, wenn

- aa) der Erkrankte zur Behandlung einer ambulant erworbenen Clostridioides-difficile-Infektion in eine medizinische Einrichtung aufgenommen wird,
- bb) der Erkrankte zur Behandlung der Clostridioides-difficile-Infektion oder ihrer Komplikationen auf eine Intensivstation verlegt wird,
- cc) ein chirurgischer Eingriff, zum Beispiel Kolektomie, auf Grund eines Megakolons, einer Perforation oder einer refraktären Kolitis erfolgt oder
- dd) der Erkrankte innerhalb von 30 Tagen nach der Feststellung der Clostridioides-difficile-Infektion verstirbt und die Infektion als direkte Todesursache oder als zum Tode beitragende Erkrankung gewertet wurde,

2. der Verdacht auf und die Erkrankung an einer mikrobiell bedingten Lebensmittelvergiftung oder an einer akuten infektiösen Gastroenteritis, wenn

- a) eine Person betroffen ist, die eine Tätigkeit im Sinne des § 42 Abs. 1 ausübt,
- b) zwei oder mehr gleichartige Erkrankungen auftreten, bei denen ein epidemischer Zusammenhang wahrscheinlich ist oder vermutet wird,

3. der Verdacht einer über das übliche Ausmaß einer Impfreaktion hinausgehenden gesundheitlichen Schädigung,

4. die Verletzung eines Menschen durch ein tollwutkrankes, -verdächtiges oder -ansteckungsverdächtiges Tier sowie die Berührung eines solchen Tieres oder Tierkörpers,

5. der Verdacht einer Erkrankung, die Erkrankung sowie der Tod, in Bezug auf eine bedrohliche übertragbare Krankheit, die nicht bereits nach den Nummern 1 bis 4 meldepflichtig ist.

Die Meldung nach Satz 1 hat gemäß § 8 Absatz 1 Nummer 1, 3 bis 8, § 9 Absatz 1, 2, 3 Satz 1 oder 3 zu erfolgen.

(2) Dem Gesundheitsamt ist über die Meldung nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe i hinaus zu melden, wenn Personen an einer subakuten sklerosierenden Panenzephalitis infolge einer Maserninfektion erkranken oder versterben. Dem Gesundheitsamt ist über die Meldung nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a Buchstabe a hinaus zu melden, wenn Personen, die an einer behandlungsbedürftigen Lungentuberkulose erkrankt sind, eine Behandlung verweigern oder abbrechen. Die Meldung nach den Sätzen 1 und 2 hat gemäß § 8 Absatz 1 Nummer 1, § 9 Absatz 1 und 3 Satz 1 oder 3 zu erfolgen.

(3) Nichtnamentlich ist das Auftreten von zwei oder mehr nosokomialen Infektionen zu melden, bei denen ein epidemischer Zusammenhang wahrscheinlich ist oder vermutet wird. Die Meldung nach Satz 1 hat gemäß § 8 Absatz 1 Nummer 1, 3 oder 5, § 10 Absatz 1 zu erfolgen.